

Parteiwahlen 1965

Für eine Wende in der politischen Massenarbeit

Nach Abschluß der Parteigruppenwahlen führte am 22. Februar als erste Abteilungsorganisation an unserer TH die APO ihre Berichtsversammlung durch. Wie war sie vorbereitet worden, und welches Ergebnis brachte sie?

Es kann festgestellt werden, daß die Genossen dieser APO Verständnis haben, weshalb es nach dem 1. ZK-Plenum ankam, im Berichtsausschussbericht, der von der Leitung kollektiv erarbeitet worden war und in dem die Genossen die Arbeit der Partei im Abteilungsgebiet kritisch einschätzten, heißt es entsprechend den Hinweisen des 1. Plenums: „Unsere Hauptaufgabe ist und bleibt die Arbeit mit den Menschen, die Überzeugung der Menschen im Prozeß der täglichen Arbeit.“

Von dieser Orientierung ausgehend beschäftigte sich die Mehrheit der Diskussionsbeiträge mit der Frage: Wie kann die Parteiorganisation politisch noch wirksamer werden und in der Bewußtseinsentwicklung der Menschen im Bereich Einfluß nehmen? Dabei wurde als eine entscheidende Aufgabe die Hilfe der Partei für die Gewerkschaftsorganisation erkannt. Sehr richtig wies die Genossin Lohse darauf hin, daß die Gewerkschaften der Arbeit in der Gewerkschaft bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt haben. Es komme vor allem darauf an, daß die Genossen in der Gewerkschaftsversammlung aktiv auftreten und dazu beitragen, die politischen Hauptfragen auf die Tagesordnung zu setzen und sie gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen zu klären. Die Parteigruppen sollten den Gewerkschaftsvereinsstellen mehr Unterstützung geben, damit diese ihren Aufgaben als politische Vertreter der Werktätigen besser gerecht werden können.

Andere Genossen sprachen darüber, wie wir alle Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, in die Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben einbeziehen können. Genossin Haas Schmidt nannte dafür als wichtige Forderung: Vom Standpunkt der Partei aus mit ihnen sprechen und sie überzeugen. Es geht nicht gleich, um welche Fragen es dabei geht. Jede Frage kann und muß ehrlich und offen beantwortet werden.

Als entscheidende Voraussetzung hierfür, die wir bereits im Berichtsausschussbericht klar zum Ausdruck gebracht werden, müssen das Studium der Lehre des Marxismus-Leninismus genannt werden, das die Genossen in die Lage versetzt, mit fundiertem Wissen mitzusprechen zu können.

Genossin Müller, stellvertretende Sekretärin der Hochschulparteileitung, der an der Versammlung teilnahm, hob dazu die Bedeutung der unterschiedlichen politischen Fragen für die Bewußtseinsentwicklung hervor. Er wies die Genossen darauf hin, daß vor allem solche Fragen geklärt werden müßten, die für uns lebenswichtig sind. Eine solche Frage sei zum Beispiel der Atomenergietitel in Westdeutschland entlang der Staatsgrenze zur Deutschen Demokratischen Republik. Hier kommt es darauf an, allen Menschen die Gefährlichkeit dieses Unternehmens für die Sicherheit und den Frieden des deutschen Volkes klarzumachen und ihnen zu zeigen, wie der Imperialismus-Krieg vorbereitet, es sei dringend notwendig, immer und immer wieder das Gebotnis des Krieges zu läutern und alle friedliebenden Menschen gegen dieses neue Verbrechen des westdeutschen Imperialismus in Bewegung zu bringen.

Die gesamte Diskussion — es sprachen 13 Genossen — zeugte von dem Willen aller Mitglieder dieser APO, eine Wende in der politischen Massenarbeit herbeizuführen. Es kommt jetzt darauf an, daß die Leitung und alle Genossen es nicht dabei bewenden lassen, sondern gemeinsam die in der Einberufung festgelegte Linie konsequent verfolgen.

„Hochschul-Spiegel“

Redaktionskollegium: Dipl.-Lehrer H. Madal (Redaktor), Ing. Ch. Dilling, Dipl.-Ing. G. Eilhofer, Dipl.-Sportlehrer G. Haack, Dipl.-phil. A. Heide, Dipl.-Ing. Kempe, A. Lohse, Dipl.-Math. Mittel, Dr. rer. not. Schneider. Herausgeber: SED-Betriebsparteiorganisation der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 125 K des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt. Druck: Druckhaus Karl-Marx-Stadt. 641

Vertrauensleute berieten Inhalt und Aufgaben der Gewerkschaftswahlen

—Fortsetzung von Seite 1—

glichen Arbeit gegenüber früheren Perioden unserer Entwicklung? Unter den Bedingungen, die die Kräfte des Friedens und des Sozialismus bereits zum bestimmenden Faktor der Weltpolitik geworden sind, da es auf der Erde kein Gebiet mehr gibt, in dem nicht die Kräfte des Sozialismus vordringen oder neue Niederlagen des Imperialismus hockenzeln, ist die Entwicklung des Sozialismus nicht nur umfassender, sondern auch komplizierter geworden. Denken wir zum Beispiel an die unterschiedlichen Ausgangspunkten der verschiedenen sozialistischen und antimonopolistischen Bewegungen und Staaten, an ihre unterschiedlichen technischen, wirtschaftlichen und politischen Reifegrade. Daran vor allem erwidert die Notwendigkeit, durch Studium und Diskussion tiefer in diese Fragen einzudringen.

Ein anderer für die ideologische Situation in unserem Bereich — und besonders unter den Wissenschaftlern — sehr wichtiger Aspekt desselben Problems sind die Veränderungen, die letztlich unter dem Einfluß des sozialistischen Lagers sowie der sozialistischen und antimonopolistischen Kräfte in aller Welt, in den „Mitteländern“ der kapitalistischen Ausbeutung vor sich gehen, die in staatsmonopolistischer Gestalt nach der Niederlage im zweiten Weltkrieg erneut eine gewisse relative Stabilisierung erreicht haben. Die apologetische Theorie von der „Industriegesellschaft“, die nicht ohne Auswirkungen auf die wissenschaftliche Intelligenz bleibt, läßt sich ebenfalls nur in ernsthafter Auseinandersetzung mit den konkreten Erscheinungsformen und mit dem Wesen dieser neuen Klasse der allgemeinen Krise des Kapitalismus widerlegen.

Warum geht es dabei? Nur durch ernsthaften Studium und Diskussion wird es möglich sein, den besonders scharf ausgeprägten Gegensatz zwischen der modernen Technik und der wahrhaft lebensgefährlichen ultrareaktionären Linie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, der sich stärker als jeder andere der friedlichen Koexistenz entgegenstellt, begrifflich zu machen.

Ein drittes Problem, das nur in engem Zusammenhang mit detaillierten und praktischen Kenntnissen über die Wirkungsweise des neuen ökonomischen Systems und über das Wesen unserer sozialistischen Staatensmacht richtig erläutert werden kann, ist die weitere Entwicklung und Vertiefung unserer sozialistischen Demokratie, die unseren Angehörigen der TH ebenfalls sehr am Herzen liegt.

Diese zu diesem Gesamtproblem der ideologischen und propagandistischen Arbeit hier untersuchten Gedanken sollten von Anfang an der Gewerkschaftsarbeit in der vor uns liegenden Etappe Ziel und Richtung geben.

Ausbildung und Erziehung im Mittelpunkt

„Unsere letzte Berichtswahlversammlung 1963 stand unter der Losung: Unser Ziel — höchster gesellschaftlicher Nutzefekt der wissenschaftlichen Arbeit.“ Entsprechend dieser Lösung orientierte in der vergangenen Wahlperiode die Hochschulgewerkschaftsleitung darauf, daß im Vordergrund der wissenschaftlichen Tätigkeit an unserer Hochschule die Ausbildung hochqualifizierter Kader stehen muß, die den Höchststand von Wissenschaft und Technik kennen, selbständiges schöpferisches Denken gelernt haben und durch die Beherrschung der Grundlagen ihres Faches in der Lage sind, den Anforderungen gerecht zu werden, die die sozialistische Praxis an sie stellt.

An vielen Beratungen, Konferenzen und Versammlungen, die das Ziel hatten, das Ausbildungsprogramm und die Erziehung unserer Studenten zu verbessern und zu verändern, nahmen Mitglieder und Funktionäre unserer Organisation aktiv teil. Sie tauchten dort ihre Erfahrungen ein und trugen durch ihre Vorschläge dazu bei, die genannten Aufgaben besser zu lösen. Ein gutes Beispiel dafür, wie solche Beratungen beitragen haben, neue, bessere Formen der Ausbildung anzuwenden, sei die Diskussion um die Einführung des Ingenieurpraktikums.

Mit eigenem Standpunkt auftreten

Allerdings müssen wir einschätzen, daß auch auf diesem Gebiet die bisherige Form der gewerkschaftlichen

Mitwirkung bei der Lösung solcher Fragen nicht mehr ausreicht. Wenn wir bisher die These aufstellten, daß die Gewerkschaft das Forum der Diskussion schaffen und bilden muß, so hat uns die Praxis inzwischen klar gezeigt, wie notwendig es ist, daß auch hier die Leitungen der Gewerkschaft, die Hochschulgewerkschaftsleitung selbst und die Fakultätsgewerkschaftsleitungen, mit einer eigenen Konzeption auftreten müssen; das heißt, die Gewerkschaftsleitungen müssen zu diesen Fragen selbst einen eigenen Standpunkt besitzen.

Dieser eigene Standpunkt erscheint uns insbesondere bei den Fragen erforderlich, bei den es um die Erziehung geht. Wie oft erleben wir, besonders im vergangenen Jahr, daß Schwierigkeiten in der Ausbildung zur alleinigen Schuld der Studenten gemacht wurden. Leider finden man demartig leichtfertige und bogaeme Einschätzungen auch sehr oft bei unseren jüngeren Mitgliedern der Assistentenschaft, die zum Teil noch vor wenigen Jahren selbst studierten. Können wir uns aber mit einer solchen Tatsache abfinden, und können

und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen herzustellen. Mit Genugtuung können wir heute feststellen, daß die von der Gewerkschaft Wissenschaft getragene Bewegung, derartige Institute und Abteilungsverbindungen zu schaffen und ihnen zu handeln, heute bereits zu einem festen Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit an unseren wissenschaftlichen Einrichtungen der Republik und — das möchten wir besonders hervorheben — auch an unserer Hochschule geworden ist. Gab es bei der Erarbeitung dieser Programme vor allem im Jahre 1963/64 noch große Bedenken und Einwände in bezug auf die Notwendigkeit eines derartigen Plantes, so können wir heute feststellen, daß bei der Erarbeitung der für dieses Jahr gültigen Programme ein markanter Fortschritt zu verzeichnen war. Mit weiteren Anstrengungen haben alle Institute und Abteilungen des wissenschaftlichen Bereiches ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 1965 bereits aufgestellt.

Die besten Ergebnisse zeigten sich im Bereich der Fakultät für Technologie der Maschinenbau. Genügend auf die guten Erfahrungen, die die

gesamten Gewerkschaftsgruppe gezeichnet werden soll, die ihm aufzuwerfen großen Aufgaben zu erfüllen.

Nur durch eine ständige Kontrolle des Erfüllungsstandes des Programmes, d. h. einer ständigen Arbeit mit diesem Programm, ist es möglich, auftretende Mängel oder Hemmnisse rechtzeitig zu erkennen und mit Hilfe des ganzen Kollektivs zu beseitigen.

Warum nicht auch in der Verwaltung?

Sehr kritisch müssen wir feststellen, daß die gute Entwicklung, die sich in der Arbeit auf diesem Gebiet in den Instituten abzeichnet, noch keinen Raum im Bereich der Verwaltung gefunden hat. Bis auf die Gewerkschaftsgruppe Bauverwaltung, die zur Zeit daran ist, ein Pro-

und den staatlichen Organen der Hochschule Veränderungen in der Planung der Mittel des Prämienfonds vorzunehmen. Die Erhöhung des Sachkontos „Prämien“ von dreißigtausend MDN im Jahre 1963 auf fünfzigtausend MDN im Jahre 1964 brachte die Möglichkeit, stärker als in den vorausgegangenen Jahren besondere Leistungen materiell anzuerkennen bzw. von vornherein bestimmte Mittel zielgerichtet für die Lösung von Schwerpunktaufgaben unserer TH bereitzustellen.

Leider ist es uns noch nicht gelungen, die Mittel für den materiellen Anreiz stärker an die Vereinbarungen bzw. Verpflichtungen in den gemeinsamen Institutswahl- bzw. Abteilungsarbeitsprogrammen zu binden. Für die neue Wahlperiode sollte deshalb eine Aufgabe darin bestehen, mit den Fakultäts- und Abteilungs-gewerkschaftsleitungen und den Vertrauensleuten zu beraten, wie die in diesen Programmen festgelegten Schwerpunktaufgaben durch Zuwendungen aus dem Prämienfonds in ihrer Lösung unterstützt werden können.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

„Unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen möchten wir auch noch einiges zur Einschätzung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes an der Technischen Hochschule sagen. Dank der unermüdlichen Arbeit der vielen Funktionäre, die auf diesem Gebiet tätig sind, gelang es uns, in den letzten beiden Jahren die Krankenstandsziffer weitgehend zu senken. Die Sorge um die Gesunderhaltung der Mitglieder unserer sozialistischen Gewerkschaft und die großen Bemühungen, die unser Staat für diese Aufgaben an den Tag legt, sind beispielgebend für ganz Deutschland. Unsere Wissenschaftler, Arbeiter und Angestellten begrüßen die vielfältigen, auch von unserer Hochschulgewerkschaftsleitung eingeleiteten Maßnahmen zur Erhaltung ihrer Gesundheit, zur Prophylaxe und zur sozialen Betreuung. Es erscheint uns jedoch rätlich, an dieser Stelle auch einige ökonomische Betrachtungen über die Bedeutung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes anzustellen.“

Im Jahre 1964 entsprach an unserer Hochschule der Krankenstand, hervorgerufen durch Krankheit, dem Fehlbetrag von etwa 35 Kollegen im Jahr. Wenn wir also beherrschbar diesen kranken, den Krankenstand zu senken, so ist das gleichbedeutend mit dem Kampf um die Produktivitätssteigerung unserer wissenschaftlichen Einrichtung. Wir alle wissen, nicht zuletzt durch die in den vergangenen Wochen geführten Diskussionen um die Perspektive, wie heißt gerade um die Planstellen des Krankenstandes und, das kommt natürlich noch hinzu, überhaupt in der Senkung von Anstaltskosten sehen wir eine echte Reserve, die auszunutzen die Produktivität der wissenschaftlichen Arbeit zu erhöhen bedeutet.“

Ferienzentrum Mellensee

„Zentrale Gedanken zur Entwicklung von Urlaub und Erholung: In den zwanzig Jahren des Bestehens unseres Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden riesige Geldsummen aus den Beitragsentnahmen und aus staatlichen Fonds für die Gestaltung der Erholung unserer Werktätigen verausgabt. Große Mühe haben sich unsere Gewerkschaftsfunktionäre, die für dieses Gebiet zuständig sind, um den Wünschen und Bedürfnissen für eine erholende Urlaubsgestaltung gerecht zu werden. Im vergangenen Jahr konnten wir damit beginnen, für unsere Hochschulangehörigen durch den Bau eines eigenen Ferienzentrums am Mellensee neue Urlaubsmöglichkeiten zu erschließen. Eine volle Wissenschaft dieser neuen Einrichtung zeigt sich nun beinahe mit dem Jahr 1965. Die Kollegen, die bereits im vergangenen Jahr die Möglichkeit hatten, diese neue Einrichtung zu nutzen, brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß diese Form der Geländekulisse im Interesse unserer Mitglieder eine wesentliche Verbesserung der Lebensverhältnisse darstellt.“

Wir möchten an dieser Stelle den zahlreichen freiwilligen Helfern bei der Errichtung des Objektes unseren Dank aussprechen. Besonderen Dank dem Kollegen Oberingenieur Burkhardt und seinem Mitarbeiter, ohne deren tatkräftige Hilfe die vorbildliche Einrichtung und der schnelle Aufbau des Objektes nicht möglich gewesen wäre.“



nen wir in solchen Fragen nur das Forum der Diskussion sein? Ich glaube, wir sollten gerade angesichts dieser Situation die Frage stellen, welchen Standpunkt als Klassenorganisation der Arbeiterklasse wir dazu beziehen müssen.

Es sei erlaubt, an dieser Stelle ein in letzter Zeit sehr oft zitiertes Wort von Pestalozzi zu wiederholen: „Erziehung ist Beispiel und Liebe.“ Wir glauben, daß die genannte Art des Auftretens von Gewerkschaftsmitgliedern, die unmittelbar im Ausbildungs- und Erziehungsbereich mitwirken, weder ein gutes Beispiel darstellt, noch von einer besonderen Neigung zum Lehrberuf zeugt. Es ist nach der Meinung der Hochschulgewerkschaftsleitung höchste Zeit, daß man sich in den Gewerkschaftsgruppen, in denen solche Meinungen vorhanden sind, zusammensetzt und einmal untersucht, ob es nicht auch Gründe im eigenen Institut gibt, die sich hemmend auf die Ausbildung und Erziehung unserer Studenten auswirken.

Anteil der weiblichen Studierenden erhöhen

Besonders Augenmerk verdient hierbei das Studium von Mädchen und Frauen. Es geht darum, ihren Anteil an der gesamten Studienerschaft auf 25 Prozent zu erhöhen. Heute sind es knapp 5 Prozent. Das Erreichen des genannten Zieles erfordert aber in erster Linie, die Möglichkeit zu demonstrieren, daß auch ein technisches Studium durchaus von Mädchen erfolgreich absolviert werden kann und im Lehrkörper selbst weibliche Wissenschaftler ihren Einzug halten. Das erfordert aber, besonders Augenmerk auf das Vorkommen der Studentinnen zu legen und ihnen konkrete Aufgaben zu stellen. Das gilt auch für die Assistentinnen und weiblichen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen.

Zu den Institutsprogrammen

Ein nicht unwesentlicher Teil der Arbeit unserer Hochschulgewerkschaftsorganisation bestand in der vergangenen Wahlperiode darin, durch die Aufstellung gemeinsamer Institutswahl- und Abteilungsarbeitsprogramme die Einheit von Erziehung des Kollektivs der Arbeit

Kollegen des Instituts für Technologie bereits in früheren Jahren mit einem Institutplan gemacht hatten, begrüßen sie sehr schnell die Bedeutung einer derartigen Vereinbarung, die nicht nur die arbeitsmäßigen Aufgaben des Instituts schriftlich festhält, sondern die zugleich auch die Einbeziehung aller Mitarbeiter des Instituts und ihre Verpflichtungen zur Realisierung der Aufgaben zum Inhalt hat. Mitarbeiter dieses Instituts brauchen zum Ausdruck, daß dieser, ihr kollektive Vertrag, nachdem solche wichtigen Fragen wie die Qualifizierung und die Frauenförderung, der Arbeitsschutz und die kulturelle Betätigung und ähnliche Punkte aufgenommen wurden, ein wirkliches Jahresarbeitsprogramm darstellt.

Aber der ohne Zweifel wichtigen Tatsache, daß der größte Teil der Institute, die bereits gesagt, ein derartiges Programm besitzt, darf das uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß unsere weitere Tätigkeit noch immer mit auf dieses Gebiet gerichtet werden muß. Nach wie vor müssen wir festhalten, daß in einzelnen Bereichen das Programm oder auch der Plan, wie immer noch genannt wird, von nur einigen Experten aufgestellt wurde und die Mitglieder des Instituts keine Möglichkeit hatten, ihre Vorschläge zu unterbreiten.

Was ist das „gemeinsame Arbeitsprogramm“?

Zum besseren Verständnis möchten wir hier noch einmal erklären:

Das gemeinsame Arbeitsprogramm stellt eine Vereinbarung zwischen dem staatlichen Leiter einerseits und den Mitgliedern seines Arbeitsbereiches bzw. der Gewerkschaftsgruppe andererseits dar.

Das gemeinsame Arbeitsprogramm enthält alle wichtigen Aufgaben des Bereiches für das jeweilige Planjahr, entsprechend den vom Rektor erteilten Anweisungen.

Das gemeinsame Arbeitsprogramm ist für den staatlichen Leiter des Planjahres — für den Vertrauensmann — das grundlegende Programm der Arbeit seiner Gewerkschaftsgruppe.

Wir wollen damit sagen, daß durch die Erarbeitung eines derartigen Materials den jeweiligen staatlichen Leiter, Institutsdirektoren oder Abteilungsleiter durch alle Mitarbeiter seines Bereiches oder — wenn man es so auffassen will — durch die Kraft

gründet zu erarbeiten, um dem Programm der Gewerkschaftsgruppe des Kesselhauses Straße der Nationen kennen wir kein Beispiel dafür, daß es auch in anderen Verwaltungsabteilungen bisher Erfolge auf diesem Gebiet gegeben hat. Sowohl die Verwaltungsleitung wie auch die gewerkschaftlichen Leitungen haben es verstanden, diese Tatsache als Ausgangspunkt für eine schnelle Wende auf diesem Gebiet zu machen. Die neuen Gewerkschaftsleitungen im Verwaltungsbereich sollten sich sehr schnell dieser Aufgabe widmen.“

Löhne und Prämienfonds

„Schätzen wir nun ein, wie wir auf dem Gebiet der unmittelbaren Interessenvertretung — der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der vergangenen Wahlperiode vorangekommen sind. Wir möchten diese Ausführungen mit einigen Gedanken über das Gebiet Arbeit und Löhne beenden. Wir sind sehr erfreut darüber, daß es uns in der vergangenen Wahlperiode gelang, durch aktive Mitarbeit von Funktionären der Gewerkschaftsorganisationen vieler wissenschaftlicher Einrichtungen und des Zentralvorstandes, den Prämienleistungsfonds für die Mitarbeiter im Bereich der Mensch, im Bereich der zentralen Reinsaugung und in den Kesselhäusern einzuführen. Diese neue Art der Entlohnung an den technischen Hochschulen ermöglicht es, den Mitarbeitern in den genannten Bereichen eine bessere Vergütung ihrer Arbeitsleistungen zu gewähren.“

Noch in den letzten Wochen der Wahlperiode wurde eine neue Rahmenvereinbarung zwischen dem Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft und dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen abgeschlossen. Die in dieser Vereinbarung festgelegten Orientierungswerte weisen ebenfalls für eine ganze Anzahl von Mitarbeitern günstige Bedingungen auf. Die Erhöhung der Zahl der Urlaubstage bezieht sich vor allem Dinge auf die unteren Gehaltsgruppen bzw. auf solche Kolleginnen und Kollegen, die auf Grund der Schwere ihrer Arbeit einer längeren Erholungszeit bedürfen.

Um den Forderungen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft nachzukommen und mittels materieller Mittel die Produktivität unserer Arbeit zu haben, werden zwischen der Hochschulgewerkschaftsleitung